

The background of the cover is a dramatic, chaotic scene set in a courtroom. The room is filled with a storm of falling items: stacks of 100 Euro banknotes, various credit cards, and papers are suspended in mid-air as if caught in a powerful wind or explosion. A gavel is seen falling from the right side. The floor is littered with debris, including more money and papers. The lighting is dramatic, with a strong red glow emanating from the falling items, creating a sense of urgency and disaster. The overall atmosphere is one of a complete collapse of the legal system.

DIE WIRECARD- IMPLSION

**ANATOMIE EINES JUSTIZPROZ-
ESS-DESASTERS**

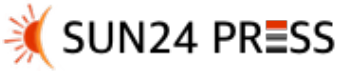
Jack O'Roof

DIE WIRECARD- IMPLOSION

JACK O'ROOF

© Jack O'Roof

Erste Ausgabe publiziert im Juni 2026 durch:



Sun24 Press
Postfach 10 13 45
D-80087 München

www.sun24.press
news@sun24.press

Dieses eBook ist das Ergebnis jahrelanger investigativer Recherche:

www.sun24.press/de/wirecard.html

*“I want so much to open your eyes
'Cause I need you to look into mine”*

Snow Patrol, Open Your Eyes

INHALTSVERZEICHNIS

Teil I - Die Insolvenz und was danach kam

- 1. Die Videokonferenz und der Absturz 2
- 2. Der Bundestags-Untersuchungsausschuss 6
- 3. Die Mainstream-Erzählung und "Star"-Journalisten 10

Teil II - Der Prozessbeginn in München

- 4. Die fünfstündige Anklage 15
- 5. Der Schock-Moment der Transaktionsdaten..... 18
- 6. Der Beweisantrag und zwei Milliarden 21

Teil III - Vom Gerichtsprozess zum Känguru-Gericht

- 7. Ablehnungen von Anträgen und Ersuchen 24
- 8. Wirtschaftsprüfer und Gedächtnisverlust der Zeugen 30
- 9. Die Parallelverfahren 34

Teil IV - Das endlose Prozess-Theater

- 10. Die Entlassung des Kronzeugen 37
- 11. Das erpresste Geständnis des Chefbuchhalters 40
- 12. Die Implosion 43

Nachwort 50

Über den Autor 54

TEIL I - DIE INSOLVENZ UND WAS DARNACH KAM

1. DIE VIDEOKONFERENZ UND DER ABSTURZ

(ODER: WIE MAN 1,9 MILLIARDEN LIVE VOR LAUFENDER KAMERA VERSENKT UND DABEI STIRNRUNZELND PROFESSIONELL SPIELT)

Kurz zur Einordnung, bevor wir loslegen: Wer am 18. Juni 2020 nicht vor dem Rechner saß, hat eine Corporate-Sitcom verpasst, die selbst die ARD-Doku-Abteilung neidisch gemacht hätte. Aschheim, halbe Stunde von München. Glänzender Konferenzraum. Der Wirecard-Vorstand tut noch so, als wäre alles unter Kontrolle – und kündigt dann an, dass 1,9 Milliarden Euro auf asiatischen Treuhandkonten ... nun ja ... nicht mehr da sind, wo sie sein sollten. Finanztechnisch gesprochen: “Schatz... ich hab die Kinder verloren...das Haus auch...und nebenbei noch den Geldbeutel der Nation.”

Der Kurs war schon Tage vorher im freien Fall – wie ein Skifahrer aus Garmisch, der Bremsen für ein Wellness-Programm hält. Trotzdem trifft es alle umso härter, wenn die Kamera läuft und die Herren vom Vorstand mit der Begeisterung von Patienten, die ihre eigene Diagnose vorlesen müssen, verkünden: KPMG findet nichts. EY findet nichts. Gleichzeitig. Nicht „kommt noch“. Nicht „Buchhaltungs-

Pause“. Sondern: weg. Wie ein Zauberkännchen, das sich tariflich zusammengeschlossen hat und Streik führt.

Ich hatte mir das Video angesehen wie einen Unfall in Zeitlupe – nur dass das Auto ein DAX-Schmuckstück im Wert von 20 Milliarden war und der Fahrer brüllte: „Wir könnten Betrugsoffer sein!“, während draußen auf dem Parkplatz bereits Münchner Staatsanwälte herumstanden und sich die Sonne auf die Aktenmappe legte.



Wirecard Videokonferenz vom 18. Juni 2020

An genau diesem Tag gab es in Aschheim auch ein nettes Plauschgespräch mit Jan Marsalek – dem Mann, der später Legendenstatus erreichte, weil er angeblich per Privatjet nach Minsk und dann Russland verschwand, während der Rest der Republik noch Wikipedia nach den Philippinen durchforstete. Am Nachmittag des 18. Juni 2020 war Marsalek offiziell entlassen und danach schneller weg als ein Maßkrug auf dem Oktoberfest um halb elf.

Der Wirecard-Aufsichtsrat, angeführt vom stets zupa-kenden Thomas Eichelmann, beschloss: Neuer Sheriff ge-

sucht. Dr. Markus Braun musste gehen. Herein: James Freis, amerikanischer Compliance-Profi mit Lebenslauf aus Federal Reserve, FinCEN und BIZ – also jemand, der finanzielle Märchen in allen Schwierigkeitsgraden gelesen hat. Eichelmann holte ihn praktisch noch am selben Tag als Interims-CEO rein. Freis sagte zu – wie man zu einem Tinder-Date mit „Serienkiller-Vibes“ im Profil sagt: eigentlich nein, aber aus morbider Neugier doch, ja. Monate später im Gerichtssaal wurde Freis nach seinem ersten Treffen mit Braun an jenem 18. Juni gefragt. Braun, Gentleman bis in die Knochen, soll auf Freis' Schuhe geschaut und gesagt haben: „*Schöne Schuhe!*“ Freis: ja, aber ansonsten nicht viel Erinnerung. Braun, blinzelnd: Es gab einen mysteriösen Dritten Mann, mit dem wir in mein Büro gingen. Ab hier hätte jeder Film-Regisseur wohl „Der dritte Mann“ aufgelegt.

Parallel dazu wachte Mitte Juni 2020 die deutsche Bankaufsicht BaFin auf – nach jahrelangem Mittagsschlaf – und kürzte der Wirecard Bank die Kreditlinie. Puff. Kein Cash, kein Spiel. Ein Konzern mit 50 weltweiten Tochterfirmen, teils sogar profitabel, wurde in die Insolvenz geschoben wie eine Yacht, die man versenkt, weil jemand das Tapetenmuster nicht mochte? Am 25. Juni 2020 folgte der Antrag. Der ganze Laden landete beim Münchner Insolvenz-Hackfleischwolf. Michael Jaffé betrat die Bühne – der Insolvenzverwalter, der später zur festen Nebenfigur dieser Endlos-Farce wurde und sich mit Freis offenbar schon vor dem großen Knall traf. Und eventuell, Gott bewahre, sogar als die BaFin dicht machte?

CEO Dr. Markus Braun, der Rechtsleiter von Knoop und Dubai-Geschäftsführer Oliver Bellenhaus wurden festgenommen. Braun sitzt seitdem zwischen Gerichtssaal und Zelle – ein sehr teurer Hamster im Justiz-Rad.

Die Oscar-Nominierung aber geht an Bellenhaus. Er stellte sich am 6. Juli 2020 mit vollem Aktenkoffer. Am 15. Juli – der leitende Staatsanwalt im Urlaub, natürlich – folgte ein Verhör so gemütlich, dass er kurz darauf Kronzeuge war. Die Staatsanwälte im Grunde: Sag uns, was wir hören wollen, wir werfen dann die bereits vordruckten Pressemitteilungen wild durch die Gegend. Bellenhaus lieferte das Drehbuch für die gesamte „TPA war alles fake“-Story. Weniger Kronzeuge, mehr Kronautor.

Monatelang saß ich hinten im Stadelheimer Gerichtssaal und dachte: *So macht man es, dass aus einem 1,9 Milliarden Betrug eine nationale FinTech-Kehrtwende wird.* Opfer am 18. Juni, Täter bis Juli – größter Bilanzskandal der Nachkriegszeit. Die bayerische Justiz nagelte schon den Deckel drauf. Die Staatsanwälte hatten ihre Story. Die Presse ihre Schlagzeilen. Und wir? Wir sollten den Finanz-Zaubertrick des Jahrhunderts bestaunen – nur dass statt Kaninchen aus dem Hut ein ganzer Gerichtssaal aus der Hintertasche kam.

Willkommen beim Prozess. Schnallt euch an. Die eigentliche Implosion fängt gerade erst an.

2. DER BUNDESTAGS-UNTERSUCHUNGS-AUSSCHUSS (ODER: WIE BERLIN DEN SKANDAL IN EINE POWERPOINT VERWANDELTE UND DIE FEHLENDEN ZWEI MILLIARDEN EINFACH ÜBERSPRANG)

Ah, der Untersuchungsausschuss – die parlamentarische Variante von Paartherapie für eine dysfunktionale Familie, bei der man hofft, dass endlich jemand zugibt, wer die Vase zerschmissen hat. Nach der Implosion im Juni 2020 machten Deutschlands Parteien, was sie am besten können: Sie gründeten einen Ausschuss. Denn nichts sagt „wir nehmen das ernst“ so überzeugend wie monatelange Sitzungen in Berlin, während das verschwundene Geld irgendwo in einem Phantom-Steuerparadies oder auf einem Krypto-Konto noch Rücken schwimmen übte.

Dutzende Zeugen, dutzende Sitzungen. BaFin-Chefs, Wirtschaftsprüfer, Banker, Politiker – der ganze Zirkus. Offizielle Mission: herausfinden, wie ein DAX-Superstar 1,9 Milliarden verdampfen lassen konnte und warum niemand etwas merkte, bis die FT anfang zu stochern. Die eigentliche Mission – na klar – war es, die Erzählung sanft in den sicheren Hafen zu lotsen: ein paar faule Äpfel, etwas unglückliches Timing, und auf jeden Fall irgendwie auch systemisches Versagen. Als der Ausschuss fertig war, lag die Mainstream-Story fest verpackt für die Abendschau: Wirecard = kriminelle Masterminds, Aufseher = müde, aber ir-

gendwie Kollegen, deutsche Institutionen = sollten sich schämen und irgendwann mal anpassen, danke schön.

Niemand schien die sanfte Lenkung in Echtzeit zu bemerken. Meisterhaft – wie ein Schäfer, der seine Schafe höflich ins Schlachthaus führt und dabei die Nationalhymne summt. Ich wollte mir dieses Meisterwerk aus nächster Nähe ansehen. Am 13. April 2021 – ein klarer, sonniger, leicht frostiger Frühlingstag in Berlin – erschien ich in der Europa-Halle des Bundestags als voll akkreditierter Journalist. Papiere geprüft, Sitzplatz zugeteilt, MacBook bereit. Ich war da, um die Wiederbefragung dreier BaFin-Schwerge- wichte mit anzusehen: Raimund Roeseler (der Mann, der über die Wirecard Bank wachte), Elisabeth Roegele (Chefin), und Felix Hufeld (der frühere Top-Mann, der aussah, als käme er frisch aus einer Zigarren-Werbung). Die Atmosphäre war reines Theater. Roeseler kam an, als wäre er durch eine Waschanlage des Bedauerns gezogen worden. Sein Anwalt saß neben ihm und grinste in unregelmäßigen Abständen wie ein defekter Animatronic. Auf die Frage, wann es bei Wirecard erstmals „ein bisschen unheimlich“ wurde, gab Roeseler zu: Anfang 2019, mit den ersten FT-Geschichten. Nachfrage: „Wenn es verdächtig aussah – warum habt ihr nicht gehandelt?“ Seine Antwort war das bürokratische Äquivalent von: „Wir haben uns auf die Prüfer verlassen, und...manchmal vermischt sich das eben.“ Er beklagte sogar die „deutsche Angstkultur“ bei der BaFin. Ich hätte fast geklatscht.

Dann Roegele. Sie behandelte harte Fragen wie Regentropfen auf einer frisch gewachsenen Allwetterjacke – sie

perlen ab und rollen runter. Als es um eine verdächtig getimte E-Mail um sechs Uhr morgens an eine freundliche Anleger-Schutzgruppe ging, wenige Stunden vor dem Short-Selling-Verbot, lieferte sie eine Meisterklasse im Nicht-Antworten. Ihr Anwalt explodierte schließlich mit dem unsterblichen Satz: „Logik ist Meinung!“, als ein Ausschussmitglied sie mit einer Kette logischer Schlüsse aus ihrem eigenen Verhalten konfrontierte. Die Halle wurde für einen Moment still – man hörte es bis runter nach München. Sogar die Stenografin schien nonverbal zu sagen, dass sie sofort kündigen wollte.

Schließlich Felix Hufeld – der Koloss – mit einer Meisterklasse in eloquenter Ausweichkunst. Er erklärte, wie er mehrfach mit Wirecards Aufsichtsratsvorsitzendem Thomas Eichelmann über die Umwandlung in eine Finanzholding koordiniert habe. Er war „kooperativ“, verstehen Sie? Hufeld reservierte sich praktisch einen Platz im letzten Rettungsboot der Titanic und behauptete gleichzeitig, er sei nur ein bescheidener Aufseher mit begrenztem Einfluss. Am Ende seiner Aussage war ich überzeugt: Es fehlte nur noch die Siegerzigarre und ein Jobangebot der Europäischen Zentralbank.

Ich saß in der Zuschauerreihe, tippte wie besessen und dachte schon damals: *So kann man einen nationalen Skandal im deutschen Ausschuss-Theater begraben.* Die Erzählung wurde in Echtzeit zementiert – ein sorgfältig formulierter „Fehler wurden gemacht“-Satz nach dem anderen.

Und siehe da – die Komödiengötter lieferten ihre erste Pointe. Und sie traf mich persönlich. Vor der Sitzung, gegenüber dem Reichstagsgebäude oben im Europa-Saal, trat ein Polizist auf mich zu. Er hielt ein kleines Stück Papier, schaute mir ins Gesicht, dann auf mein MacBook, und fragte mit leicht zitternder Stimme: „Sind Sie Jack O’Roof?“ Ich sagte ja. Der Mann erstarrte. Seine Augen weiteten sich in purem bürokratischem Panik. Er stotterte: „Okay... alles okay“ und wich zurück, als hätte ich gerade eine scharfe Granate enthüllt. Zehn Minuten später kam er wieder – diesmal aus sicherer Entfernung – und... beobachtete mich. Von weitem. Wie ein seltenes und potenziell gefährliches Exponat im Museum der Unabhängigen Journalisten. Aus Sicherheits- und investigativen Gründen stellte ich später eine Strafanzeige. Natürlich kam nichts dabei raus. Nur ein weiterer Tag im Leben eines unabhängigen Reporters, der es wagte, mit dem falschen Nachnamen – oder Vornamen, egal – und dem richtigen Beobachtungsblick aufzutauchen.

Als der Ausschuss seine Arbeit beendete, war die offizielle Story in Beton gegossen: eine Bande böser Konzernmanager, ein paar schläfrige Aufseher, und ein System mit ein paar faulen Äpfeln. Das Unternehmen, das im Juni 2020 noch „Wir sind die Opfer!“ schrie, war jetzt offiziell der böse Aufseher einer Armee von Minions, die ausgerastet waren. Und wer etwas anderes andeutete, machte offensichtlich nur „Verteidigungstheater“.

Damals ahnte ich noch nicht, dass das echte Känguru-Gericht in München noch zwei Jahre entfernt war.

3. DIE MAINSTREAM-ERZÄHLUNG UND IHRE „STAR“- JOURNALISTEN

(ODER: WIE EIN WHISTLEBLOWER, EIN FT-RITTER UND EIN PAAR ZAUBER-
KANZLEIEN DIE EINZIGE ERLAUBTE STORY SCHRIEBEN)

War der Untersuchungsausschuss die gnadenlose Familientherapie, dann die Mainstream-Presse der Gruppenchat, in dem schon längst feststand, wer schuld ist – man wartete nur noch auf den richtigen Zeitstempel für „Absenden“. An der Spitze, mit dem Selbstbewusstsein eines Mannes, der den Fall angeblich fast im Alleingang geknackt hatte: Dan McCrum von der Financial Times – bald Deutschlands liebster importierter Wahrheitsverkünder und Sammler glänzender Trophäen.



Pressebereich im Stadelheim-Gerichtssaal

Der eigentliche Star der Vorgeschichte aber war Pav Gill – „Magic Pav“, wie er in manchen Kreisen später getauft wurde. 2017 bei Wirecard als Senior Legal Counsel für Asien-Pazifik angeheuert, bekam Gill Berichte von lokalen Buchhaltern über recht kreative Rechnungsstellungen in Singapur und Dubai. Er machte das Verantwortungsvolle: alles nach München HQ

weitergeleitet – mit dem Versprechen, man werde das „untersuchen“. Darauf folgte: monatelange Stille. Dann der mysteriöse Warnanruf von einer nicht verifizierten Münchner Nummer: Wenn Magic Pav seine nächste Geschäftsreise nach Asien antrete, „komme er nicht zurück“. Klassisches Wirecard-HR. Merkwürdig bleibt bis heute, warum diese seltsame Münchner Nummer nie zurückverfolgt wurde – weder von Pav, noch von Ermittlern.

Gill kündigte bei Wirecard, schnürte ein schönes fettes Paket ungeschwärzter vertraulicher Serverdaten – und brachte es, nach einem kurzen Umweg über einen anderen Journalisten, zu Dan McCrum. Die Whistleblower-Hinweise aus Mitte 2019 landeten bei McCrum recht zügig. Dann folgte eine monatelange Pause. Verifikation, Kanzlei-Konsultationen, Faktencheck – der übliche journalistische Schongarer. Erst nach dieser offenbar bewussten Verzögerung ließ McCrum Ende 2019 die ersten großen Berichte fallen, die die gesamte Wirecard-Story zum Neuen Quasi-Evangelium machten. Timing perfekt, natürlich. Die FT-Berichte trafen wie ein Präzisionsschlag, gerade als Wirecard schon wackelte. Als im Juni 2020 die berüchtigte Videokonferenz und die Insolvenz kamen, war die Luftschlange schon voll mit der Story vom „mutigen Magic-Whistleblower, der 1,9 Milliarden Betrug aufdeckt“. Markus Brauns wiederholte seine Darlegung, sein Unternehmen könnte tatsächlich Opfer ausgeklügelter asiatischer Betrüger gewesen sein? Sofort abgelegt unter „Verteidigungstheater“. Der Mann, der in Aschheim noch „Wir sind die Opfer!“ sagte, war jetzt dauerhaft zum Bösewicht im Netflix-tauglichen Drama gecastet.

Dan McCrum aber wurde über Nacht zum deutschen Medien-Liebling. In den Untersuchungsausschuss eingeladen wie ein Rockstar zur Zugabe. Ein Preis nach dem anderen, Buchdeals, eine Sky-Doku – die volle Helden-Journalisten-Behandlung. Unterdessen in Deutschland: Viele Medien, die jeden FT-Leak atemlos mitgetragen hatten, entschieden plötzlich, die Story sei erledigt, sobald im Juli 2020 die Anklage fiel. Puff, Berichterstattung abgeschlossen. Weitergehen, hier gibt es nichts Sonderliches Neues mehr zu sehen – vor allem nicht zur Zuordnung der fehlenden zwei Milliarden Euro, denn bei Wirecard seien das ohnehin nur Fake-Zahlen gewesen.

Während die FT das saubere Moralstück zementierte, saßen sie still auf etwas deutlich Unappetitlicherem. Anonyme Hinweise über Jan Marsaleks Doppelleben als angeblicher „Rogue Fixer“ mit Geheimdienst-Kontakten waren Jahre zuvor in deren Posteingang gelandet. Da waren die ProtonMail-Mails aus 2018, in denen Marsalek einer schattigen Gruppe namens „The Uncles“ – Ex-CIA-Leute, pensionierte Botschafter, Geheimdienst-Größen – Hinterzimmer-Diplomatie vortrug, etwa die Verlegung der österreichischen Botschaft nach Jerusalem. Später kamen geleakte Telegram-Chats aus 2021, in denen der flüchtige COO offenbar tatsächlich „anrühige Piloten“ für Langleys Kabul-Evakuierungen während des chaotischen US-Abzugs anwarb - dies während Marsalek bereits nirgendwo anders als offenbar in Moskau verweilte. Die FT fand das frühe Material Berichten zufolge „einfach zu unglaublich“ und parkte es. Erst Jahre später, im eigenen *Hot-Money*-Podcast, verband man die Punkte. Da war das simple Drehbuch „böse deutsche Fin-

Tech-Bros vs. heroischer Whistleblower“ längst geschrieben, gedruckt und breit verteilt.

Nachdem der eigentliche Prozess im Dezember 2022 in München eröffnet wurde, wirkten die Pressebänke schnell an den meisten Tagen verdächtig leer. Süddeutsche Zeitung, Bayerischer Rundfunk und andere Crews kamen natürlich trotzdem – und wiederholten mehr oder weniger brav dieselbe genehmigte Erzählung wie dressierte Papageien mit Presseausweis. Die Realität im Stadelheim-Gerichtssaal? Zumeist schön anzusehen, für sie aber irrelevant. Das Drehbuch war Monate zuvor schon gedruckt worden. Ich hatte bei dieser Comedy-Nummer einen Sitz in der ersten Reihe. An einem Nachmittag 2024, nach einer besonders pikanten Gerichtssitzung, stand ich am Ende der Verhandlung noch im Saal und wechselte Worte mit SZ-Journalist Stefan Radomsky. Das Gespräch eskalierte schneller als ein bayerisches Bierzelt um zwei Uhr nachts. Für einen glorreichen Moment dachte ich ernsthaft, wir würden uns gleich hier in der Zuschauerreihe des brandneuen Gerichtssaals die Fäuste ins Gesicht hauen – zwei Erwachsene, die im Grunde über die Realität dessen stritten, was gerade im Gericht passiert war, und irgendwie auch darüber, ob die Transaktionsdaten, die die Verteidigung vorgelegt hatte, überhaupt existierten oder eine Einbildung von Markus Braun waren. Kühlere Köpfe (und die Gerichtssaal-Polizei) siegten – aber der Moment fasste die gesamte Medien-Dynamik perfekt zusammen: Realität im Gerichtssaal versus Narrativ-Erzählung, die zweieinhalb Jahre zuvor festgeschrieben worden war.

Die „Star-Journalisten“ hatten ihre Arbeit wunderbar gemacht. Sie fütterten die Öffentlichkeit mit einem sauberen, simplen Moralstück – heroischer Hinweisgeber, kreuzfahrender Reporter, böse deutsche FinTech-Brüder – die bayerische Justiz war mehr als glücklich, diese Version aus den Hallen von Stadelheim nach draußen widerhallen zu lassen. Unbequeme Details zu zwei Milliarden Euro, die bald schon in den Transaktionsdaten auftauchten? Ignoriert. Unangenehme Fragen, wie die anfängliche „Betrugsoffer“-Story zur 180 Grad Drehung „Täter des Jahrhunderts“-Version wurde? Unter den Teppich gekehrt mit einem höflichen „Das ist Verteidigungstheater, Schatz.“ Als der eigentliche Prozess begann, war die Mainstream-Erzählung nicht nur dominant – sie war die einzige, die in gebildeter Gesellschaft noch erlaubt war. Die Presse hatte das Libretto geschrieben. Die Staatsanwälte führten Regie. Und die bayerische Justiz? Die sorgte nun dafür, dass das Publikum die Bühnenarbeiter im Hintergrund nicht bemerkte, die hektisch die Kulissen austauschten.

Damals ahnten sie noch nicht, dass die eigentliche Show – die mit fliegenden Beweisanträgen, brüllenden Staatsanwälten und Zeugen mit Gedächtnisverlust – gerade erst losging.

TEIL II - DER PROZESSBEGINN IN MÜN- CHEN

4. DIE FÜNFSTÜNDIGE ANKLAGE

(ODER: WIE DIE STAATSANWÄLTE ZWEI TAGE LANG DEN HALS RÄUSPERTEN,
WÄHREND DIE PRESSE WIE WACKELPÄPFCHEN NICKTE)

Dezember 2022. Münchner Stadelheim-Gericht. Das lang erwartete Hauptevent beginnt endlich – der Strafprozess des Jahrhunderts, zumindest wenn man den Zeitungen

Glauben schenkt, die das monatelang so gehypt hatten. Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte traten ans Mikrofon wie Rockstars, die gleich ihre größten Hits dropfen würden. Was folgte, war keine schnelle, prägnante Anklage. Nein – das war Wagner-Oper. Fünf volle Stunden, verteilt auf zwei Tage, non-stop Vorlesen, Halsräuspern und dramatische Pausen. Am Ende klang der leitende Staatsanwalt, als hätte er filterlose Zigaretten kettenweise geraucht und dabei Kies gegurgelt.



Untergrund-Eingang Stadelheim-Gericht

Die Botschaft war glasklar und mit der Subtilität eines Vorschlaghammers in juristischem Deutsch verpackt: Markus Braun, Jan Marsalek, in moderaterem Maße der bayerische Kronzeuge Oliver Bellenhaus und der Rest der angeblichen Bande – schuldig bis ins Mark. Das TPA-Geschäft in Asien? Fake. Die 1,9 Milliarden? Nie existiert. Der ganze Konzern? Ein einziger krimineller Betrieb, verkleidet als FinTech-Liebling. Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte legten das Seite für Seite dar, unterbrochen nur von Wasserpausen oder dem Warten, bis die Stenografinnen nachkommen. Man konnte förmlich den kollektiven Seufzer der Erleichterung von den Mainstream-Pressebänken hinten hören: Endlich. Das Drehbuch, das wir seit Jahren fahren, ist jetzt offiziell gerichtlich abgenickt.

Und oh ja – die Presse kam zur Premiere in Scharen. Süddeutsche Zeitung, Bayerischer Rundfunk, die üblichen Verdächtigen – alle in voller Stärke, Notizbücher auf, Kameras laufend, bereit, die Erzählung zu bestätigen, die sie der Öffentlichkeit seit dem Sommer 2020 vorsetzten. Das war ihre Siegesrunde. Die ganze Enchilada, die im Insolvenzraum begonnen hatte, wurde jetzt im offenen Gerichtssaal abgewickelt – und sie waren da, um jede glorreiche Silbe zu dokumentieren.

Ich saß in der hinteren Reihe (mein üblicher Platz auf den billigen Sitzen der deutschen Justiz) und dachte: Das ist weniger Anklagevorlesung als Siegesrede mit Extra-Papierkram. Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte listeten nicht nur Teile der Fakten auf – sie spielten den letzten Akt des Moralstücks, das die Medien Jahre zuvor in Abstim-

mung mit ziemlich zweifelhaften Münchner Anklageschriften aus Juli 2020 geschrieben hatten. Jede Anklage landete wie eine perfekt einstudierte Pointe. Jedes Mal, wenn „das fake asiatische Geschäft“ fiel, konnte man förmlich die unsichtbaren High-Fives zwischen den vorderen Mainstream-Pressereihen und der Anklagebank sehen.

Die Verteidigung wartete derweil höflich in den Kulissen. Der Richter war gleich zu Beginn erkrankt (weil nichts „reibungslöse Strafverfahren“ so gut ausdrückt wie eine sofortige gesundheitsbedingte Verzögerung). Die Staatsanwältinnen und Staatsanwälte durften ihr fünfstündiges Monolog ungestört genießen. Als sie am zweiten Tag endlich fertig waren, waren die Stimmen heiser, die Luft im Saal dick vor Selbstzufriedenheit – und die Mainstream-Journalisten hatten genau die Schlagzeilen, die sie brauchten: “Wirecard-Prozess eröffnet mit vernichtender Anklage”.

Niemand in dem Saal in jener Woche ahnte, dass die eigentliche Plot-Twist schon irgendwo auf einer Festplatte in den Kanzleien der Verteidigung lag – ein Terabyte Transaktionsdaten, das bald das gesamte fünfstündige Meisterwerk in das juristische Äquivalent eines Furzkissens verwandeln würde.

5. DER SCHOCK-MOMENT DER TRANSAKTIONS DATEN (ODER: WIE DIE VERTEIDIGUNG EINE TERABYTE-BOMBE ZÜNDETE, WÄHREND DIE STAATSANWÄLTINNEN PLÖTZLICH SEHR DURSTIG WURDEN)

Ende Januar 2023. Die fünfstündige Wagner-Oper der Anklage war endlich vorbei, die Staatsanwältinnen hatten ihre Verbeugung gemacht, und die Mainstream-Presse ihre Siegesrunden abgelegt. Der Richter, genesen von seiner bemerkenswert gut getimten Erkrankung, gab der Verteidigung endlich das Wort.

Und oh ja – die nahm es. Der Hauptverteidiger von Dr. Markus Braun stand auf, zeigte geradeaus auf die Anklagebank und tat etwas, das in diesem Gerichtssaal niemand erwartet hatte: Er fing an zu brüllen. Nicht das höfliche, abgemessene Juristendeutsch, das man in Stadelheim sonst hört. Echte, rohe, mikrofonergreifende Wut. Er zeigte mit dem Finger auf die Staatsanwältinnen und legte los: „Sie haben diesen Fall von Tag eins an falsch ermittelt!“ Der Saal wurde totenstill – bis auf das Geräusch der Kinnladen der ohnehin schon wenigen Journalisten, die nach unten klapperten.

Dann kam der richtige Haken. Die Verteidigung enthüllte, dass die Staatsanwältinnen die vollständigen Transaktionsdaten – buchstäblich Terabyte – erst vierzehn Tage vor Prozessbeginn übergeben hatten. Vierzehn Tage. Für den größten Finanzfall der deutschen Nachkriegsgeschichte.

Die Verteidigung hatte kaum Zeit gehabt, die Dateien zu öffnen, geschweige denn auszuwerten. Also tat sie das Einzige Logische: Sie stellte sofort einen Antrag auf Aussetzung des gesamten Prozesses – damit man endlich den Beweisberg untersuchen konnte, auf dem der Staat jahrelang gesessen hatte.

Die Staatsanwältinnen? Plötzlich sehr interessiert an ihren Wassergläsern. Aber die Verteidigung war noch lange nicht fertig. Die 180-Grad-Wende, die seit der Anklagevorlesung leise köchelte, ging jetzt in den vollen Kernschmelzmodus. Man spürte, wie die Temperatur im Saal um zehn Grad fiel. Die Staatsanwältinnen wechselten in Rekordzeit von selbstzufrieden zu schreiend. Jedes Mal, wenn die Verteidigung ein weiteres Stück der Daten präsentieren wollte, brüllte der leitende Staatsanwalt buchstäblich ins Mikrofon – unterbrechen, Details übertönen, Präsentation stoppen. Weniger Gerichtssaal, mehr Kneipenschlägerei mit Hammer.

Ich saß in der hinteren Reihe, sah das live mit an und dachte: *Das ist der Moment, in dem die Narrative öffentlich anfang zu bröckeln.* Nicht in irgendeinem Hinterzimmer-Ausschuss. Nicht in einem Financial Times Artikel. Hier, im offenen Gericht, während die Verteidigung echte Transaktionsdaten wie eine blutige Fahne schwenkte. Die Staatsanwältinnen hatten zweieinhalb Jahre der Welt erzählt, das gesamte Wirecard-Imperium sei aus Rauch und Spiegeln gebaut. Jetzt wollte die Verteidigung Belege vorlegen – wörtlich, digitale Belege –, die zeigten, dass Milliarden bis kurz vor der Insolvenz durch echte Kanäle flossen. Und die

Antwort des Staates? Panik. Unterbrechungen. Ablehnung des Aussetzungsantrags auf der Stelle.

Die volle Implosion lag noch viele Monate entfernt – aber der erste massive Riss war gerade mitten durch die sorgfältig konstruierte Story der Anklage gelaufen. Und die bayerische Justiz? Die tat schon damals so, als gäbe es den Riss überhaupt nicht.

6. DER BEWEISANTRAG UND ZWEI GEFUNDENE MILLIARDEN

(ODER: WIE DIE VERTEIDIGUNG DIE FEHLENDEN MILLIARDEN FAND, WÄHREND DIE STAATSANWÄLTINNEN DEN LAUTSTÄRKEREGLER AM MIKROFON ENTDECKTEN)

Der Aussetzungsantrag wurde schneller abgelehnt, als man „Justiz-Effizienz“ sagen kann. Das Gericht zuckte im Grunde mit den Schultern: „Nee, passt schon – macht weiter mit eurem Terabyte, das ihr kaum anschauen konntet.“ Klassische Stadelheim-Gastfreundschaft. Aber die Verteidigung? Die grämte sich nicht. Sie legte los. Und im April 2023 zündete sie die Mutter aller Gerichtssaal-Bomben.

Der Hauptverteidiger von Dr. Braun stand wieder auf – diesmal mit der Ruhe eines Mannes, der wochenlang in Transaktionsdaten geschwommen war – und verlas, was man nur als finanzielles Äquivalent des Heiligen Grals in der Sockenschublade bezeichnen kann. Beim Wühlen in den frisch gelieferten Unterlagen hatte die Verteidigung rund zwei Milliarden Euro in nachvollziehbaren Wirecard-Zahlungen gefunden. Keine Phantom-TPA-Rechnungen. Keine mysteriösen asiatischen Treuhandkonten. Echtes Geld. Echte Flüsse. Hunderte Millionen, geleitet durch clevere Firmenkonstrukte in der Schweiz und Hongkong – bis kurz vor der Insolvenz im Juni 2020.

Der Saal wurde so still, dass man den Blutdruck der Staatsanwältinnen steigen hören konnte. Das war keine vage „vielleicht existiert das Geld irgendwo“-Theorie. Das waren kalte, harte, durchsuchbare Transaktionsdaten, die zeigten, dass große Batzen Cash aus Wirecard-Konten flossen, bevor der Konzern für tot erklärt wurde. Dieselben Staatsanwältinnen, die jahrelang der Welt erzählt hatten, das gesamte Asiengeschäft sei fake, starrten plötzlich auf Spuren, die etwas anderes nahelegten.

Von da an hoppte der leitende Staatsanwalt jedes Mal mit seinem Stuhl nach vorne ans Mikrofon, wenn die Verteidigung ein weiteres Datenstück präsentieren wollte – als wäre es das letzte Rettungsboot der Titanic. Volle Lautstärke. Unterbrechungen mitten im Satz. Dramatische Einwände, die weniger nach juristischen Argumenten klangen als nach jemandem, dem gerade das Lieblingshaustier auf den Fuß getreten wurde. Das Geschrei war so theatralisch, dass ich fast erwartet hätte, die Gerichtsdienere reichen Popcorn aus.

Ich saß buchstäblich jeden Mittwoch und Donnerstag, den ich konnte, in der hinteren Reihe, Notizbuch in der Hand, und sah diesen glorreichen Meltdown live mit – und dachte: *Das ist der Klang einer 180-Grad-Erzählung, die in der Öffentlichkeit einen Purzelbaum schlägt.* Die Story, die seit Juni 2020 festgeschrieben war – „Wirecard war ein Luftballon ohne Luft, hat das Geld geklaut, Ende der Diskussion“ – wirkte plötzlich verdächtig undicht. Der Beweis Antrag war unterdessen glasklar: Die Verteidigung wollte, dass das Gericht diese Schweizer und Hongkong-Flüsse tat-

sächlich untersucht. Zeugen. Dokumente. Die Wahrheit, die ganze Wahrheit, und nichts als die Wahrheit.

Das Gericht? Eher nicht. Aber der Geist war aus der Flasche, die Katze aus dem Sack – und die Staatsanwältinnen offiziell im Voll-Panik-Modus. Jede folgende Verhandlung wurde in den nächsten Monaten zur Meisterklasse in Schadensbegrenzung: lauter schreien, schneller widersprechen, hoffen, dass niemand die zwei Milliarden Euro bemerkt, die aus den Transaktionslogs grüßten. Und natürlich die Mainstream-Journalisten bearbeiten, die hörig einen Realitäts-Ablehnungs-Artikel nach dem anderen an die Öffentlichkeit herauspurzelten.

Das volle Känguru-Gericht-Erlebnis lag noch ein paar Kapitel entfernt – aber hier begannen die Räder spektakulär abzufallen. Das „Unmögliche“ war gerade sehr, sehr möglich geworden – und die bayerische Justiz plötzlich sehr, sehr daran interessiert, dass niemand zu genau auf die Belege schaut.

Willkommen im Teil von *Der Prozess*, in dem die offizielle Story begann, in Echtzeit zu implodieren.

TEIL III - VOM GERICHTSPROZESS ZUM MÜNCHNER KÄNGURU-GERICHT

7. ABLEHNUNGEN VON ANTRÄGEN UND ERSUCHEN

(ODER: WIE DAS MÜNCHNER GERICHT „ABGELEHNT“ ZUR OLYMPISCHEN DISZIPLIN MACHTE – MIT PROTONMAIL-PHANTOM, SCHWEIZER BLACKBOXEN UND EINEM RICHTER OHNE LADEKABEL)

War die Zwei-Milliarden-Transaktionsdaten-Bombe im April 2023 der Moment, in dem die offizielle Erzählung öffentlich den Spagat machte, dann waren die nächsten achtzehn Monate das juristische Äquivalent eines Gerichts, das ein riesiges Neon-Schild hochhält: „NEIN“ in achtzehn verschiedenen Schriftarten, während die Verteidigung höflich weiter anklopft.

Das Muster wurde fast religiös. Verteidigung stellt Antrag. Gericht liest. Richter wirkt leicht genervt. Antrag abgelehnt. Wiederholen, bis die Verteidiger einen permanenten Augenzucken entwickelten und die Staatsanwältinnen ihre Uhren nach dem



Straßeneingang Stadelheim-Gericht

Klang des Hammers auf Holz stellen konnten. Sie versuchten alles. Aussetzung des gesamten Verfahrens, um endlich das Terabyte auszuwerten, das der Staat vierzehn Tage vor Prozessbeginn tropfenweise rausgegeben hatte? Abgelehnt – allein im Februar 2023 zweimal, dann im August nochmal, als man sich über die erste Ablehnung beschwerte. Entlassung von Dr. Braun aus der Untersuchungshaft, nachdem neue Beweise aufgetaucht waren? Abgelehnt mit der Begeisterung von jemandem, der eine besonders lästige Fliege verscheucht. Durchsuchungen bei drei Firmen im Ausland (inklusive der berüchtigten Monterosa Services AG in der Schweiz), die offenbar kurz vor der Insolvenz Hunderte Millionen aus Wirecard geleitet hatten? Abgelehnt. Live-Video-Vernehmungen der vier oder fünf Schweizer Banker und Firmenvertreter, die schriftlich bestätigt hatten, dass mindestens 340 Millionen Euro vor Juni 2020 Wirecard-Konten verließen? „Mühsam und wenig ergiebig“, urteilte der Richter – als wäre eine Rechtshilfe-Anfrage an die Schweiz ungefähr so praktisch wie ein Zoom-Call mit Nessie, dem Monster von Loch Ness.

Die Schweiz war in den Augen des Münchner Landgerichts zur ultimativen juristischen Blackbox geworden – ein undurchdringlicher Tresor, in dem Rechtshilfeersuchen leise und würdevoll starben. Die Verteidigung reichte weiter ein. Das Gericht zuckte weiter mit den Schultern: weniger Prozess als ein sehr teures juristisches Hau-den-Gaul. Aber der absolute Goldmedaillen-Moment in den Ablehnungs-Olympischen Spielen kam am 3. Dezember 2025 – Tag 178 dieses niemals endenden Spektakels.

Eine Zeugin hatte gerade Pause, um ihrem Kleinkind Apfelmus zu geben (ehrlich gesagt unterhaltsamer als die meisten Zeugenaussagen an dem Tag). Der vorsitzende Richter Markus Födisch beschloss plötzlich, völlig unaufgefordert, einen uralten Verteidigungsantrag wieder aufzuwärmen – zu einem anonymen Whistleblower, der einmal entscheidende Informationen an den Angeklagten von Erffa per ProtonMail geschickt hatte. Der Richter beugte sich ans Mikrofon, nahm den Tonfall eines Mannes an, der den Fall im Kopf schon gelöst hatte, und verkündete dem Saal mit einem Hauch abwertendem Sarkasmus: „Die sitzen jetzt in der Schweiz, nicht mehr in Russland!“

Ein paar Leute kicherten nervös. Die vier oder fünf Strafverteidiger, nach Jahren dieses Zirkus abgehärtet, blinzelten nicht mal. Der Rest von uns auf der Zuschauertribüne starrte nur in kollektivem Unglauben. Denn: ProtonMail wurde 2014 von CERN-Wissenschaftlern in Genf gegründet. Es ist immer in der Schweiz gewesen. Nie in Russland. Nicht einmal für Wochenende. Die Bemerkung des Richters war nicht nur sachlich falsch – sie war erzählerisch aufgeladen, implizierte irgendeine schattige Putin-Verbindung, die nett in die „dunkle, schmierige“ Wirecard-Story passte, die die Anklage seit 2020 verkaufte. Der Wirecard-Richter hakte nach, ob eine Rechtshilfe-Anfrage an die Schweiz überhaupt lohne. Sein Fazit? „Bei ProtonMail kann man nicht viel machen; in dem anonymen ProtonMail-Konto findet man sicher keine Logins.“ VPNs, fügte er hilfreich hinzu, machte alles zudem nicht nachverfolgbar. Die Schweiz sei schlicht eine ewige Blackbox – unknackbar, wie ein Bank-

safe in Zürich. Weniger juristische Beobachtung als freud-scher Fehlgriff im Richterornat.

Die Schweizer Blockaden beschränkten sich nicht auf ProtonMail. Die wiederholten Anträge der Verteidigung, Zeugen zu vernehmen und Unterlagen von der Monterosa Services AG zu sichern (der Schweizer Firma, die angeblich mindestens 340 Millionen umleitete), wurden seit März 2023 mehrfach abgelehnt. Sogar Oliver Bellenhaus' Mac-Book – im Juni 2020 kurz nach der Insolvenz von Schweizer Behörden beschlagnahmt, dann ohne Probleme nach München überstellt – wurde plötzlich zum fünf Jahre alten Rätsel. Als Bellenhaus im Oktober 2025 nach den Daten darauf gefragt wurde, zuckte er: „Keine Ahnung.“ Sein Anwalt wies darauf hin, die Schweizer hätten alles per Rechts-hilfe weitergeleitet. Der Richter, blinzeln, sagte, er könne sich „an keine Notizen oder Unterlagen dazu erinnern“ in seinem Riesenrepertoire an Unterlagen, und fand das Ganze, Zitat, „ziemlich seltsam.“

Der Alltag in Stadelheim war Performance Art geworden. An einem denkwürdigen Vormittag schlenderte der vorsitzende Richter um 13:34 Uhr herein – ohne Robe, nur ein Laptop-Netzteil in der Hand – grinste schuldbewusst in den vollen Saal, entschuldigte sich und ging geradewegs wieder raus, um sein Ladekabel zu holen. Der ganze Gerichtssaal stand fünf Minuten da wie Statisten in einem sehr teuren Wartezimmer. Als er endlich mit vollem juristischen Gefolge zurückkam, las er die morgendliche Rechts-Zusammenfassung in rasender Geschwindigkeit vor – vermut-

lich damit kein Journalist und kein Zuschauer ordentlich mitschreiben sollte.

Fünfzehn Studentinnen wurden ohne jede Kontrolle durch die strenge Flughafen-Security gewunken, weil ein Hilfsrichter das so sagte. Presse-Reporter rannten pünktlich um 13:01 Uhr in den Flur, um ihre Stories in Ruhe zu tippen (öffentlicher Audio- oder Video-Feed der Verhandlung bis so um 17 Uhr gab es ohnehin nicht). Und in einer glorreichen Demonstration juristischer Aufgeschlossenheit bat einer von Bellenhaus' Verteidiger ernsthaft darum, Massenmedien-Berichte – FAZ-Artikel aus April 2024 – als „glaubwürdige Rechtsbeweise“ zuzulassen. Denn nichts sagt zuverlässige Quelle in einem Milliarden-Betrugsprozess so überzeugend wie Journalisten, die gar nicht im Saal waren. Das Gericht nahm es gelassen. Alles andere wurde abgelehnt – aber klar, abwesende Reporter-Artikel werden behandelt wie Heilige Schrift.

Ich saß Tag für Tag in der hinteren Reihe, sah diese glorreiche Parade des „Nein“ mit an und dachte: *Das ist kein Strafprozess mehr, das ist Performance Art mit gelegentlichem Hammer.* Jeder abgelehnte Antrag war ein weiterer Stein in der Mauer zwischen offizieller Erzählung und allem, was unbequemer Realität ähnelte. Die 180-Grad-Wende, die mit der Anklagevorlesung begann, wurde jetzt mit bürokratischem Grabenkrieg, sarkastischen Einzeilern über die Schweiz und gelegentlichen Ladekabel-Pausen aufgeladen. Die Verteidigung reichte weiter zielgenaue Anträge ein. Das Gericht lehnte weiter ab. Die Staatsanwältinnen brüllten weiter ins Mikrofon, sobald es zu interessant wurde. Und

die Schweiz? Sie blieb die perfekte juristische Blackbox – praktisch, undurchdringlich und offenbar immun gegen alles, was Beweissicherung auch nur ähnelte.

Als wir bei den Wirtschaftsprüfern und der großen Gedächtnisverlust-Epidemie von 2023-2025 ankamen, lief das Känguru-Gericht auf Volltouren. Die Anträge waren abgelehnt. Die Ersuchen verweigert. Und das Einzige, was noch mit Begeisterung vorwärts ging, war die offizielle Story.

8. DIE WIRTSCHAFTSPRÜFER UND DER GEDÄCHTNIS- VERLUST DER ZEUGEN

(ODER: WIE EY, KPMG UND EINE GANZE PARADE VON AMNESIE-FÄLLEN DEN GERICHTSSAAL IN DEN TEUERSTEN COMEDY-CLUB DER WELT VERWANDELTEN)

War die Antrags-Phase des Gerichts ein „Nein“ in achtzehn Schriftarten, so war die Zeugen-Phase das juristische Äquivalent einer Gruppentherapie, in der plötzlich alle bequeme Amnesie entwickelten, sobald die Verteidigung eine echte Frage stellte. Zuerst zu den Prüfern. Denn was ist ein 1,9-Milliarden-Bilanzskandal ohne die Leute, die eigentlich auf die Finanzbücher aufpassen sollten?

EY hatte Wirecards Zahlen jahrelang abgenickt – mit der Begeisterung eines Notars, der einen Parkschein stempelt. KPMG aber verdiente einen Ehrenplatz in der Hall of Fame. Nicht nur geprüft – auch beraten. Mehrfach. Bei Deals wie der Hermes-iTickets-Transaktion mit EMIF aus Mauritius – die Art Konstruktion, bei der Steueranwälte rot werden und Compliance-Leute nach Riechsalz greifen. Im Gericht lieferte der KPMG-Managing-Partner eine Meisterklasse im Konzern-Doppelsprech. Auf die Frage, ob man rote Flaggen gesehen habe, kam dazu: „Wir haben uns auf die anderen Prüfer verlassen und...manchmal vermischt sich das eben.“ Klassiker.

Aber die Prüfer waren nur das Warm-up. Die eigentliche Show war die endlose Parade von Zeugen, die nacheinander den selektivsten Fall plötzlichen Gedächtnisverlusts der Rechtsgeschichte entwickelten. Ich saß Tag für Tag in der hinteren Reihe und sah erwachsene Profis an die Decke starren, als würden sie versuchen, sich zu erinnern, wo sie 2019 das Auto geparkt hatten.

Da war der Softbank-Deal-Zeuge zu Credit-Suisse-Notes über einer Milliarde Euro – plötzlich keine Details mehr parat. Der Commerzbank-Relationship-Manager, der auf die Frage nach gekündigten Wirecard-Kreditlinien mit ernstem Gesicht zuckte: „Geldwäsche ist nicht mein Ding.“ Der Bankdirektor von Grand Vision Trust, der sich an Relationship-Managements nicht erinnern konnte, durch die Hunderte Millionen flossen. Der Wirecard-Anwalt mit einer so vagen Performance, dass Schweizer Käse dagegen massiv wirkte. Die HR-Dame mit den „femininen Behauptungen und unrealistischen HR-Angelegenheiten“, die ganze Abteilungen vergaß. Der spanische Finanzanalyst mit starken Zahlen und der französische mit schwachen Vorwürfen – beide etwas unscharf bei den Zeitabläufen. Ein Zeuge servierte dem Saal sogar eine detaillierte Beschreibung eines Münchner Hotel-Diners – Brokkoli und Roastbeef –, als wäre das Menü der wichtigste Beweis in einem Milliarden-Betrugsfall. Ich hätte fast geklatscht.

Der Kriminalpolizei-Zeuge, der BaFin-Mitarbeiter, der Gutachter für Wirtschaft, die Aufsichtsrats-Berater von Gleis Lutz – alle kamen dran. Und jedes Mal, wenn die Ver-

teidigung einen konkreten Fakt festnageln wollte, kam eine Variante von:

„Erinnere ich mich nicht.“

„Das ist lange her.“

„Da müsste ich in meine Notizen schauen.“

Oder, mein persönlicher Favorit: der klassische leere Blick, gefolgt von „Davon weiß ich nichts mehr.“

Weniger Zeugenaussage als ein Synchronschwimmen selektiver Amnesie. Ich wartete darauf, dass jemand aufsteht und ruft: „Einspruch – der Zeuge wurde offensichtlich durch einen Pod-Menschen ersetzt!“

Der absolute Höhepunkt dieser Gedächtnisverlust-Epidemie kam bei einem meiner letzten Besuche im Stadelheim. Ein Digital-Sales-Manager trat ans Mikrofon – Baby im Schlepptau (das Kind war offenbar besser auf die Fragen vorbereitet als der Zeuge). Die Aussage war eine halbwegs ehrliche Zeugenrede mit ein paar „Ich glaube schon?“ Darlegungen – vorgetragen mit der Sicherheit von jemandem, der Kaffee bestellt. Ich schrieb es am selben Tag wahrheitsgemäß auf meiner Plattform.

Ein paar Tage nach Weihnachten 2025 kam ein Brief einer Anwältin, die die Zeugin vertrat. Höfliche Aufforderung: 5.000 Euro zahlen, weil ich – so genau wie möglich – berichtet hatte, was gerade im offenen Gericht passiert war. Ich stellte eine Strafanzeige. Abgewiesen. Beschwerde gegen die Abweisung. Nichts. Null. Funkstille aus der bayerischen Justiz.

Diese Münchner Justiz kann ins Mikrofon brüllen, jeden Antrag ablehnen, bequeme Amnesie am Zeugenstand andauernd überspringen – und eine Münchner Anwältin hat trotzdem die Stirn, dem Einzigen die Rechnung zu schicken, der es wagt aufzuschreiben, was tatsächlich passiert ist.

Die Wirtschaftsprüfer hatten Fantasiazahlen abgenickt. Die Zeugen hatten die Handlung vergessen. Das Gericht hatte jeden Versuch abgewiesen, echte Antworten zu bekommen. Und das Einzige, was noch mit Uhrwerk-Präzision lief, war die Maschinerie, die die offizielle Erzählung schützte.

Das Känguru-Gericht fuhr jetzt auf Volltouren. Der Gedächtnisverlust war nicht nur individuell – er war institutionell. Und der Prozess, der mit der Anklagevorlesung begann, war jetzt in so dicke bürokratische Watte gepackt worden, dass man die daraus winkenden zwei Milliarden Euro in den Transaktionsdaten kaum noch hören konnte.

9. DIE PARALLELVERFAHREN

(ODER: WIE DIE BAYERISCHE JUSTIZ IN DER NEBENMANEGE EINEN ZWEITEN, NOCH LANGSAMEREN ZIRKUS BETRIEB UND SO TAT, ALS WÄRE ALLES NORMAL)

Während im Hauptgerichtssaal in Stadelheim Anträge zu Konfetti und Zeugen zu Goldmedaillen-Amnesie-Fällen verarbeitet wurden, lief in der Parallelspur der deutschen Justiz leise eine zweite Show: die sogenannten „Parallelverfahren“. Stellt euch das vor als B-Team-Spin-off, den niemand bestellt hat – aber die Produzenten unbedingt drehen wollten. Eine Handvoll Wirecard-Anwälte und Aufsichtsratsmitglieder landete in eigenen kleinen juristischen Nebenmissionen. Derselbe Skandal, andere Gerichtssäle, leicht anderer Cast. Die Botschaft aus München schien zu lauten: „Die offensichtlichen Bösewichte verklagen wir im großen Zelt – aber schauen wir auch mal bei den Nebenfiguren vorbei, falls jemand Wichtiges auf Ideen kommt.“ Weniger Gerechtigkeit als die Sorge, jeden möglichen losen Faden mit derselben bürokratischen Begeisterung zu verknüpfen, mit der man eine scharfe Granate einpackt.

Der eigentliche Star dieser Parallelwelt aber war das KapMuG – das Kapitalanleger-Musterverfahren für die Anleger, die bei Wirecards Implosion das Hemd verloren hatten. Theoretisch ein vernünftiger Weg, tausende Zivilklagen gegen Konzern, Prüfer, Banken und wer sonst noch Puls und Bankkonto hatte zu bündeln. In der Praxis? Drei volle

Jahre bewusster, fast künstlerischer Verzögerung – allein schon bei der Entscheidung über den Verfahrensrahmen. Drei Jahre! Drei Jahre, in denen der Hauptstrafprozess wie eine sehr teure, sehr kaputte Dampfmaschine vor sich hin röchelte, während das KapMuG irgendwo in einer Schublade Staub und höfliche „wir beraten noch“-Briefe sammelte. Anleger, die Geld in Deutschlands vermeintliches FinTech-Golden-Child gepumpt hatten, sahen zu, wie ihre Ansprüche wie guter Wein reiften – nur dass der Wein Essig war und die Flasche ein Loch hatte.

Ich sah dieses Zeitlupe-Bürokratie-Ballett von der Seitenlinie und dachte: *So schützt man eine Erzählung*. Während die Verteidigung im Hauptprozess über zwei Milliarden Euro in echten Vor-Insolvenz-Flüssen die Fäuste reckte, wirkten die Parallelverfahren wie ein perfektes Druckventil: „Ja ja, wir schauen schon... woanders... in anderem Tempo... bitte warten.“ Das KapMuG wurde das juristische Äquivalent dieses einen Freundes, der immer sagt „Ich melde mich“, und dich dann sechsunddreißig Monate ignoriert.

Der Kontrast war köstlich absurd. In Stadelheim wurden Anträge abgelehnt, bevor die Tinte trocken war. Im KapMuG-Universum wurde der gesamte Verfahrensrahmen noch „sorgfältig geprüft“, während Zeugen im Hauptprozess spontanen Gedächtnisverlust entwickelten und Staatsanwältinnen ihre Oper-Schrei-Technik perfektionierten. Fast beeindruckend, wie effizient das System sich in zwei völlig verschiedenen Geschwindigkeiten bewegen konnte – je nachdem, welche Story es schützen wollte.

Hin und wieder sickerte ein verirrter Update durch – irgendeine kleine Verfahrens-Fußnote, ein neuer Termin für „weitere Gespräche“, eine weitere höfliche Verschiebung. Die Anleger warteten. Die Anwälte stellten ihre Stunden in Rechnung. Die bayerische Justiz hielt das perfekte Pokerface: „Alles läuft planmäßig.“

Unterdessen im Hauptgerichtssaal: Der Prozess war jetzt voll gepanzert mit Schichten aus Parallelverfahren, abgelehnten Anträgen und selektiver Amnesie. Die offizielle Story blieb unangetastet. Die zwei Milliarden Euro in nachvollziehbaren Flüssen? In beiden Manegen höflich ignoriert. Die Schweizer Blackboxen? Weiter bequem undurchdringlich. Und die armen KapMuG-Anleger? Standen in der Lobby mit einem sehr teuren Ticket für eine Show, die vielleicht, irgendwann, möglicherweise, eventuell mal beginnen könnte.

Das Känguru-Gericht war Multi-Manegen geworden. Und das Publikum merkte langsam: Die Tickets sind nicht erstattungsfähig. Das eigentliche Feuerwerk wartete aber noch in den Kulissen – zuerst mit der plötzlichen Entlassung eines gewissen Kronzeugen, dann mit einem erpressten Geständnis, bei dem Kafka selbst mitgeschrieben hätte.

TEIL IV - DAS ENDLOSE PROZESS-THEATER

10. DIE ENTLASSUNG DES KRONZEUGEN

(ODER: WIE OLIVER BELLENHAUS VOM AKTENKOFFER ZUR FRÜHENTLASSUNG KAM, WÄHREND ALLE SO TATEN, ALS WÄRE DAS TOTAL NORMAL)

Februar 2024. Der Stadelheim-Zirkus lief seit über einem Jahr, die Verteidigung schwenkte weiter Transaktionsdaten wie Kampfbanner, und die Staatsanwältinnen perfektionierten ihre Oper-Schreittechnik. Dann, ohne großes Tamtam, ließ das Gericht Oliver Bellenhaus still und leise aus dem Gefängnis. Ja, genau dieser Oliver Bellenhaus. Derselbe Mann, der im Juli 2020 mit vollem Aktenkoffer nach München kam und – nach einem verdächtig gemütlich-seltsamen Verhör durch Münchner Staatsanwältinnen am 15. Juli – schneller Kronzeuge wurde, als man „Drehbuch-Freigabe“ sagen kann.

Die Kronzeugen-Krönung von 2020 roch schon immer nach schlechtem Spionageroman. Die Staatsanwältinnen im Grunde: „Sag uns, was wir hören wollen, unterschreib hier, und wir sorgen dafür, dass die Pressemitteilung exakt nach deiner Fan-Fiktion klingt.“ Bellenhaus lieferte. Seine Aussagen wurden zum Fundament des ganzen Märchens „TPA-Geschäft war komplett fake“. Der Mann flippte nicht nur –

er machte eine volle Turnübung mit Extra-Drehungen und perfekter Landung auf Seiten der Anklageleitung.

Vier Jahre später. Der Prozess im vollen Känguru-Gericht-Modus. Die Verteidigung hatte die Zwei-Milliarden-Transaktionsdaten-Bombe schon gezündet. Anträge werden abgelehnt wie Parkscheine. Und plötzlich, im Februar 2024, findet das Gericht: Bellenhaus habe „ausreichend kooperiert“. Raus. Frühentlassung. Einfach so. Das Timing war Chefkuss-perfekt. Der Mann, der Starzeuge war, Eckpfeiler der gesamten Anklage, dessen Aussage half, Markus Braun jahrelang in Untersuchungshaft zu halten ... plötzlich frei, lief durch die Münchner Straßen, während der Prozess weiterging. Keine große Pressekonferenz. Keine dramatische Erklärung. Nur eine leise Verwaltungsnotiz – und puff, Kronzeuge zurück in der Wildnis.

Ich hörte davon zwischen Gerichtsterminen und dachte: *So fährt man eine Erzählung auf Schienen.* Zuerst machst du den Mann in einem verdächtig getimten Verhör zum Starzeugen. Dann hältst du ihn lang genug fest, damit er nützlich bleibt. Dann, wenn die Verteidigung echtes Geld in den Transaktionsdaten findet, lässt du ihn leise laufen – mit dem üblichen Massenmedien-Fanfare drumherum – und hoffst, niemand bemerkt das Plot-Loch in Schweizer Größe.

Manche Artikel danach waren reiner Franz Kafka. Einer beschrieb die Entlassung als „Der Prozess – Eine Gefangenentlassung und Franz Kafkas unvollendete Werke“ – denn nichts sagt deutsche Justiz so treffend wie einen Milliarden-Betrugsfall in einen existenziellen Roman zu ver-

wandeln, in dem der Dubai-CEO und Protagonist eine frühe Aus-dem-Gefängnis-Freikarte bekommt, während der oh-so-Münchner-CEO-Bösewicht eingesperrt bleibt. Ein anderer Text tauchte in das eBay-Laptop-Rätsel ein: Bellenhaus' alter Laptop, kurz nach der Insolvenz von Schweizer Behörden beschlagnahmt, gelangte damals problemlos nach München ... und Jahre später konnte sich niemand mehr erinnern, was drauf war oder warum die Daten plötzlich wichtig wurden. Schweizer Daten? Fehlanzeige. Wieder mal: die Blackbox schlägt unermüdlich zu.

Bellenhaus selbst? Er hatte seine „kooperierende“ Aussage schon geliefert. Mission erfüllt. Der Kronzeuge hatte seinen Teil beim Bau der offiziellen Story geleistet, und jetzt wies ihn das System behutsam zur Tür, bevor es im offenen Gericht zu unangenehm wurde. Der Rest von uns sah dem elegantesten juristischen Taschenspielertrick der deutschen Nachkriegsgeschichte zu. Der Mann, der half, die ganze Erzählung von „wir könnten Opfer asiatischen Betrugs sein“ zu „wir sind die Täter des Jahrhunderts“ umzudrehen, war jetzt frei. Unterdessen wurden die Beweise der Verteidigung zu zwei Milliarden Euro in echten Vor-Insolvenz-Flüssen behandelt wie ein peinliches Familiengeheimnis, das beim Abendessen niemand ansprechen wollte.

Es war weit weniger Entlassung als leiser Kostümwechsel. Bellenhaus hatte seine Rolle perfekt gespielt, die Krone abgegeben. Die Show ging weiter. Die bayerische Justiz demonstrierte erneut ihr einzigartiges Talent, das Unmögliche wie Prozedur aussehen zu lassen.

11. DAS ERPRESSTE GESTÄNDNIS DES EHEMALIGEN CHEFBUCHHALTERS

(ODER: WIE VON ERFFAS „FREIWILLIGES“ GESTÄNDNIS ZUM SOMMER-HIT DES BAYERISCHEN RUNDFUNKS WURDE – MIT EINEM HAUCH ERPRESSUNG)

Im Sommer 2024 hatte sich der Stadelheim-Gerichtssaal in einen bequemen Rhythmus eingependelt: abgelehnte Anträge, brüllende Staatsanwältinnen, Zeugen, die nicht mehr wussten, was sie zum Frühstück hatten. Dann kam der Hauptakt, auf den alle gewartet hatten: das erpresste Geständnis des ehemaligen Chefbuchhalters von Erffa. Der Mann, der Wirecards Bücher einst mit der heiteren Sicherheit abgenickt hatte, als würde er Parkscheine stempeln, war jetzt das Prunkstück der Anklage. Oder zumindest so wollten die Mainstream-Presse und sehr bayerische Radiosender es verkaufen.

Im offenen Gericht trat von Erffa ans Mikrofon und lieferte, was als dramatisches, seelenreinigendes Geständnis angekündigt war. Nur: Er gestand gar nicht. Stattdessen erklärte er immer wieder ziemlich überzeugend, dass er für die Betrugszahlen links und rechts weder zuständig noch verantwortlich gewesen sei. Süddeutsche Zeitung und Bayerischer Rundfunk aber – die standen förmlich auf und jubelten mit. „Endlich!“ schrieten die Schlagzeilen am nächsten Tag. „Schlüsselangeklagter bricht zusammen und sagt die Wahrheit!“ Nur ... es fühlte sich überhaupt gar

nicht nach Zusammenbruch an. Es war eine ehrliche, sorgfältig einstudierte Erklärungs-Performance – mit dem Wunsch zu wissen, wo die fehlenden zwei Milliarden Euro sind.

Die Verteidigung kaufte die Oscar-Show der Medien natürlich nicht. Sie wies auf das bequeme Timing hin, die Monate in Untersuchungshaft, den subtilen (und weniger subtilen) Druck, der sich anhäuft, wenn man in einer Münchner Zelle sitzt und überlegt, wie viel „Kooperation“ den Aufenthalt kürzen könnte. Was die Presse „Geständnis“ nannte, wirkte verdächtig nach der Art Aussage, die man abgibt, wenn die Alternative ein paar weitere Jahre lauwarmes Gefängnisessen und kein WLAN ist. Ich sah das alles von meinem üblichen Billig-Sitz hinten mit an und dachte: *Dies ist sehr viel weniger Geständnis als ein Geiseldvideo mit besserer Bühnenbeleuchtung.* Der Mann wählte seine Worte, als ginge er durch ein Minenfeld juristischer Landbomben. Jedes Mal, wenn die Verteidigung in Details stocherte – exakte Daten, exakte Dokumente, exakte Druckpunkte – sprang die Anklage ans Mikrofon, als wäre es das letzte Rettungsboot der Titanic.

Bayerischer Rundfunk, Gott segne sie, spielte die Story, als wäre es die zweite Wiederkehr des Watergate-Skandals. „Von Erffa gesteht!“ wurde der Sommer-Hit in München und im bundesweiten Radio. Die Erzähl-Maschine lief auf Hochtouren, um diese eine sorgfältig formulierte Aussage zum letzten Nagel im Sarg der „Verteidigungstheater“-Story zu machen.

Unterdessen saßen die zwei Milliarden Euro, die die Verteidigung in den Transaktionsdaten gefunden hatte, weiter da – höflich ignoriert, wie ein peinlicher Onkel beim Familientreffen. Die Schweizer und Hongkong-Geldflüsse? Weiter juristische Blackbox. Die abgelehnten Anträge? Stapelten sich wie unbezahlte Parkscheine. Aber hey – wir hatten ein Geständnis! Packt ein, Leute, Fall gelöst.

Das Ganze roch nach Sommerloch-Füllmaterial. Das Gericht brauchte etwas, um die offizielle Story am Leben zu halten, während die echten Beweise hartnäckig nicht verschwinden wollten. Also rollten sie von Erffa raus, ließen ihn ein paar Worte sagen, und die Mainstream-Presse machte daraus brav Schlagzeilen-Gold. Ich saß da, tippte mit, und musste leise lachen. Der Gipfel der bayerischen Justiz: Wenn die Fakten unbequem werden, produziert man ein „freiwilliges“ Geständnis, spielt es im Radio – und hofft, niemand bemerkt den riesigen Transaktionsdaten-Elefanten mitten im Gerichtssaal.

Die 180-Grad-Wende, die bei Grad null im Juni 2020 begann, hatte jetzt ihre eleganteste Phase erreicht – die Phase, in der das System Realität nicht nur leugnete, sondern den Angeklagten live ans Mikrofon holte, damit er mit leugnete. Kafka hätte hingeschaut und gesagt: „Endlich, jemand, der es versteht.“ Die Implosion aber, die stand noch aus. Und sie sollte jeden bisherigen Akt wie ein schlechtes Warm-up aussehen lassen.

12. DIE IMPLOSION

(ODER: WIE WINTER-ENDZEIT-WOCHEN DIE GANZE JUSTIZ IN EIN SELBSTZERSTÖRENDES FEUERWERK VERWANDELTEN)

In den letzten Winterwochen 2024/2025 war der Stadelheim-Gerichtssaal längst kein normaler Prozess mehr. Es war der Schlussakt einer sehr teuren, sehr bayerischen Endzeit-Theaterproduktion. Das Licht war gedimmt, die Heizung kämpfte einen verlorenen Kampf, und das Einzige, das noch regelmäßig explodierte, war die offizielle Erzählung – allerdings jetzt in Zeitlupe, mit zunehmend innerem Strukturschaden. Die Implosion kam nicht mit einem Knall, sondern mit einer Serie höflicher, verheerender Zeugenaussagen und Verfahrensentscheidungen, die die ganze Konstruktion leise in sich zusammenfallen ließen.

Es begann Ende Februar 2025 mit Tobias Rittel, SoKo-Mitarbeiter der Münchner Polizei. Am 20. und 21. saß Rittel im Zeugenstuhl und erklärte – mit der ruhigen Gelassenheit eines Mannes, der eine Einkaufsliste vorliest –, wie EYs Prüfer ziemlich beeindruckt gewesen waren von Henry O'Sullivans mehrstöckigem Büro in Singapur. Das hatte offenbar gereicht, um die Treuhandkontostände bei der OCBC Bank als sicher zu betrachten. Rittel hatte die Konten zentraler TPA-Partner angeschaut – Al-Alam, Senjo, Centurion, FirstLine und andere –, Zahlungsdaten überlagert und Überweisungen von einer Million Euro oder mehr notiert.

In Absprache mit der Münchner Staatsanwaltschaft hatte er dabei eine „Grüne Liste“ von Firmen erstellt, die sich für Rechtshilfeersuchen lohnten. Fast alle in Europa. Die wirklich wichtigen – in Dubai, Singapur und Manila – waren von Anfang an ab Juli 2020 fröhlich beiseite gelegt worden.

Genau an dem Tag, an dem die Grüne-Liste-Strategie offenbar finalisiert wurde, landete ein Geldwäsche-Verdachtsbericht der FIU (Zollkriminalamt), datiert 15. Juli 2020, dem Tag der Vernehmung von Bellenhaus im Münchener Justizzentrum, auf den Schreibtischen bei Kriminalkommissariat 72 und der Münchner Staatsanwaltschaft. Es ging um Oliver Bellenhaus' eigene Levantine Foundation in Liechtenstein. Rittel sah sie ein paar Wochen später. Als Ex-CEO Dr. Markus Braun ihn nach Bellenhaus' Rang im Konzern oder dem eigentlichen Motiv für die Fälschung des gesamten Wirecard-Geschäfts fragte, sagte Rittel, er wisse es nicht – und sei sich nicht sicher, ob die Betrugs-Motivfrage ihm oder seinen Kollegen jemals besonders wichtig gewesen sei. Beiläufig erwähnte er, die Wirecard-assoziierte Firma Centurion habe mehr als eine Milliarde Euro auf ihren Konten gehabt.

Eine Woche später, am 27. Februar 2025, trat die jahrelang für Wirecard zuständige Oberstaatsanwältin Hildegard Bäumler-Hösl ans Mikrofon. Sie fand es ziemlich überraschend, dass der Kronzeuge Bellenhaus – zu dem am exakt selben Tag im Juli 2020 ein Geldwäsche-Bericht über seine eigene Foundation nur Meter entfernt eingegangen war – Wirecards gesamtes Third-Party-Partner-Geschäft als komplett fiktiv erklärt hatte. Alles sei einfach „gewachsen und

gewachsen, und es gab kein Ende“, erinnerte sie sich – obwohl sie selbst nie die elektronischen Daten des Unternehmens gesehen hatte. Das TPA-Geschäft sei ihr im Juli 2020 angeblich völlig neu gewesen. Das kam von derselben Münchner Staatsanwaltschaft, die fast zwei Jahrzehnte lang mehrere Strafanzeigen, Geldwäsche-Meldungen, Glücksspiel-Ermittlungen, Short-Seller-Warnungen und sogar interne Finanzamt-Präsentationen zu Wirecard erhalten hatte – und das Kerngeschäft Third-Party-Acquiring im Winter 2025 plötzlich als schockierende Neuigkeit behandelte.

Am zweiten Verhandlungstag verriet sie, Oberstaatsanwalt Bühring sei Mitte Juli 2020 im Sommerurlaub gewesen – deshalb sei sie eingesprungen. Bühring kehrte am 20. Juli zurück und unterzeichnete innerhalb von 24 Stunden die Haftbefehle gegen Dr. Braun, Burkhard Ley und Stephan von Erffa – vollstreckt am Morgen des 22. Juli 2020. Zu dem Zeitpunkt waren die ausführlichen Protokolle von Bellenhaus' Kronzeugen-Vernehmung ein paar Tage zuvor noch lange nicht fertig. Bäumlner-Hösl saß Mitte 2020, stellte sich heraus, gar nicht in der Hauptstaatsanwaltschaft an der Nymphenburger Straße, sondern in einer Außenstelle an der Schleißheimer Straße – bequem nah am Bayerischen Obersten Landesgericht – das später eine Hauptrolle beim KapMuG-Anlegerverfahren spielen sollte, es fast drei Jahre lang zu strecken. Mitten am zweiten Verhandlungstag ließ das Münchner Landgericht plötzlich mehrere ursprüngliche Anklagepunkte ab Mitte 2020 fallen (größtenteils Kredite an die Partnerfirma oCap). Die Verteidigung stellte sofort Anträge auf Abberufung aller Richter, Staatsanwälte und

Hilfsrichter. Wie fast jeder vorherige solcher Antrag: Wochen später abgelehnt.

Genau einen Tag nach Bäumlner-Hösls Aussage fiel im Parallelverfahren der nächste Hammer. Im KapMuG-Kapitalanleger-Musterverfahren – den Ansprüchen Tausender betrogener Wirecard-Anleger, besonders gegen EY – lehnten die verschiedenen bayerischen Gerichte nach langem Ping-Pong zwischen Landgericht, Oberlandesgericht und Bayerischem Ober-

sten Landesgericht einen seit drei Jahren vorbereiteten Rechtsrahmen weitgehend ab. Das eigentliche Verfahren – und jede mögliche Entschädigung – hatte noch nicht mal richtig begonnen. Der sich hin-

ziehende Strafprozess gegen Braun, von Erffa und Bellenhaus half bequem, alles Richtung Verjährung zu schieben. Dr. Brauns Rechtsschutzversicherung war im Frühjahr 2024 schon ausgelaufen; er wurde danach von zwei engagierten, manchmal sichtbar frustrierten Pflichtverteidigern vertreten.



Bayerisches Oberstes Landesgericht
(BayOLG) München

Am 7. März 2025 veröffentlichte die Financial Times in London, dass drei bulgarische Spione wegen Spionage an US-Militäreinrichtungen als Freunde des flüchtigen Jan Marsalek verurteilt worden waren. Deutsche Medien, inklu-

sive Deutschlandfunk, erklärten Millionen Hörern an dem Tag brav das Londoner Urteil – anstatt über die zunehmend implisiven Fakten aus dem Münchner Wirecard-Gericht in den Wochen davor zu berichten.

Mitte März trat schließlich der renommierte Wirtschaftsprofessor Hauser ans Mikrofon, der den Großteil des Prozesses still mitverfolgt hatte, um sein rund 2.000-seitigen Gutachten vorzubringen. Er und sein Team von etwa fünf Mitarbeitern mussten oft für Wirecards 50 globale Tochtergesellschaften extrapolieren, weil nicht für jedes Jahr Daten vorlagen. Als Bewertungsstichtag hatten sie den 15. Juni 2018 gewählt.

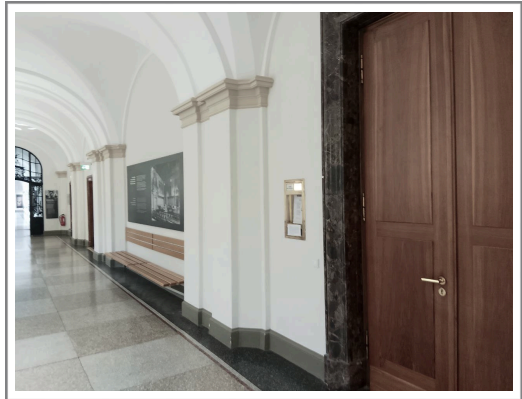
Ein paar Wochen später, bei der Aussage des BaFin-Mitarbeiters Sebastian Simmer, fragte die Verteidigung leise, wann endlich die vier oder fünf Schweizer Zeugen gehört würden – jene, die mit dem Abzug mindestens 340 Millionen Euro über Firmen wie Monterosa Services AG und Credit Suisse verbunden waren, um dieses Geld lange vor der Insolvenz in Steuerparadiesen zu parken. Der Richter antwortete knapp, das sei eher lästig und nicht sehr ergiebig. Die Zeugen seien schriftlich vernommen worden. Vier oder fünf Schweizer Kantone für eine Videokonferenz anzusprechen, sei ohnehin kompliziert – und in München dürfe man im Gericht dabei keine Notizen machen. Das Landgericht werde aber Insolvenzverwalter Michael Jaffé einladen, „wenn die dort irgendwann mal Zeit haben“.

Der Schlussakt kam in der ersten Aprilwoche 2025. Professor Hauser kehrte ans Mikrofon zurück. Er las nun aus

seinem Gutachten, dass mehrere Wirecard-Tochtergesellschaften viele Hunderte Millionen Euro wert seien und zum Stichtag in 2018 so gar nicht den Eindruck eines fiktiven Luftschiffs machten. Dies war kein Aprilscherz.

Der Prozess fand Anfang April nicht im üblichen Gerichtssaal in Stadelheim statt, sondern in Saal 270 des historischen Justizpalasts in der Münchner Innenstadt – dem exakt selben Saal, in dem Hans und Sophie Scholl der *Weißten Rose* 1943 zum

Tode verurteilt worden waren. Endlich war die Verteidigung dran, den Gutachter zu befragen. Was folgte, war ein bizarres, fast 30-minütiges Ping-Pong zwischen Richter Födisch, Professor Hauser und Wirecards ehemaligem Chefbuchhalter Stephan



Eingang zum Saal 270 im historischen Münchner Justizpalast

von Erffa. Warum, wollte von Erffa wissen, habe der Gutachter die Wirecard-Tochter in Brasilien nur mit 7 Millionen Euro bewertet, wenn der Insolvenzverwalter einen Verkaufspreis von 54 Millionen Euro – fast achtmal so viel – erzielt habe? Gutachter und Richter versuchten ernsthaft, alle Anwesenden davon zu überzeugen, dass sie so eine Frage wirklich nicht verstünden – und setzten eine gute halbe Stunde lang jeden Ausweichtrick ein, den man sich vorstellen kann.

Dr. Markus Braun, der zu dem Zeitpunkt fast fünf Jahre in Untersuchungshaft saß – ohne Urteil – fragte den Professor, wie er in seinem Gutachten zu einem Verlust von rund 500 Millionen Euro komme, wenn einige Tochtergesellschaften folgendes wert seien: Wirecard Acquiring and Issuing 860 Millionen Euro, Wirecard North America 450 Millionen, Wirecard Bank 285 Millionen, WSI 300 Millionen, Wirecard Brasilien 54 Millionen. „So kann man nicht rechnen“, antwortete der Wirtschaftsprofessor.

Ich saß an dem Tag in Saal 270 in der hinteren Reihe – der einzige Journalist im Saal – und sah den Kollaps in Zeitlupe mit. Das war die leise Implosion. Keine laute Hollywood-Explosion, sondern das sanfte, bürokratische Geräusch einer jahrelangen Erzählung, die in sich zusammenfiel wie ein billiger Klappstuhl, der endlich genug hatte. Die bayerische Justiz hatte jahrelang gekämpft, genau diese Momente von der Öffentlichkeit fernzuhalten. Sie hatten geschrien, abgelehnt, verzögert, Amnesie inszeniert, Ping-Pong gespielt. Und trotzdem: Der Prozess hatte sich leise im offenen Gericht selbst gefressen – in demselben Saal, in dem einst die Weiße Rose verurteilt worden war.

Das System saß noch auf dem kaputten Stuhl, lächelte für die Kameras und tat so, als wäre alles in Ordnung.

Willkommen am Ende der Show. Die Lichter brannten noch. Die Hammer fielen immer noch.

Und die Komödie ... nun ja, die Komödie ging einfach weiter.

NACHWORT

Und so, liebe Leserin, lieber Leser, erreichen wir das Ende der Wirecard-Implosion – oder, wie die bayerische Justiz es lieber hätte: „Nichts zu sehen hier, bitte weitergehen.“

Wir haben zugeschaut, wie ein 20-Milliarden-DAX-Liebling live im Fernsehen 1,9 Milliarden Euro verdampfte – und innerhalb weniger Wochen zum Täter des größten Betrugs der deutschen Nachkriegsgeschichte erklärt wurde.

Wir saßen durch eine fünfstündige Wagner-Anklage, eine Terabyte-Datenbombe, Hunderte Millionen Euro in nachvollziehbaren Flüssen, die vor der Insolvenz magisch auftauchten, und genug abgelehnte Anträge, um das gesamte Münchner Landgericht tapezieren zu können. Wir erlebten Gedächtnisverlust-Epidemien, Kronzeugen-Krönungen, erpresste Geständnisse, die im Bayerischen Rundfunk wie Sommer-Hits liefen, und einen Richter, der erklärte, ProtonMail sitze „jetzt in der Schweiz, nicht mehr in Russland“.

Das Unternehmen, das im Juni 2020 noch meinte: „Wir könnten Opfer asiatischen Betrugs sein!“, wurde bis Juli zum Bösewicht des Jahrhunderts – und die bayerische Justiz verbrachte die nächsten fünf Jahre damit, den Deckel auf jeden unbequemen Gerichtsfakt zu nageln. Mit der Be-

geisterung eines Mannes, der Fenster vernagelt, bevor der Hurrikan kommt, den er selbst herbeigerufen hat.

Im Herbst 2021, nachdem ich über ein ziemlich seltsames Londoner Gerichtsverfahren mit Wirecard-Bezug geschrieben hatte, beschloss ich, klassische journalistische Bearbeitung zu machen. In Gerichtsdokumenten stand, Osborne Clarke vertrete Wirecard im UK-Fall – also ging ich in deren Büros nahe Stiglmaierplatz, um die Ecke vom Justizcenter. Ich kam nicht über die Empfangsdame hinaus. Sie hörte höflich zu, sagte, sie leite meine Frage als Journalist an die Büroleitung weiter – und das war's. Ein paar Tage später kam eine sehr kurze, sehr finale E-Mail: Man sei aus dem Münchner Büro nicht am Fall beteiligt, und ich solle mich „ein für alle Mal“ davon abhalten, in deren Büros aufzutauchen. Damals dachte ich zum ersten Mal: An dieser ganzen Story könnte etwas ernsthaft faul sein.

Im Winter 2024/2025 stand ein unabhängiger Wirtschaftsgutachter im offenen Gericht und las ruhig die Belege vor. 860 Millionen bei Wirecard Issuing and Acquiring. Eine Wirecard Bank, die tatsächlich echtes Geld wert war. Der Verkauf von Wirecard Brasilien. Saubere, dokumentierte und bestätigte Flüsse durch die Schweiz und Hongkong, von denen die Anklage jahrelang so tat, als existierten sie nicht. Die offizielle Erzählung bröckelte nicht nur – sie implodierte mit der Anmut eines billigen Klappstuhls auf dem Oktoberfest.

Und was war die finale Antwort des Systems? Mehr Schreien ins Mikrofon. Mehr „mühsam und wenig

ergiebig“-Urteile. Mehr selektive Amnesie am Zeugenstand. Mehr Parallelverfahren im Tempo kontinentaler Plattenverschiebung. Die Maschinerie drehte weiter, die Hammer fielen weiter, und die bayerische Justiz lächelte weiter für die Kameras – und tat so, als wäre der Stuhl noch perfekt intakt.

Dann, um die Kirsche auf dieser juristischen Eis-Torte zu setzen, kam kurz nach Weihnachten 2025 ein Brief. Eine Anwältin, die eine Zeugin vertrat, über die ich wahrheitsgemäß berichtet hatte (die Digital-Sales-Managerin, die ihr Baby mit ins Gericht brachte), verlangte höflich 5.000 Euro. Für durchaus korrekte Berichterstattung über das, was im offenen Gericht passiert war. Ich stellte eine Strafanzeige. Abgewiesen. Beschwerde gegen die Abweisung. Erneute Abweisung. Nichts. Null. Die bayerische Justiz, die jahrelang Phantome in Asien gejagt hatte, entdeckte plötzlich Wichtigeres, so scheint es.

Dieser Brief war die perfekte Schluss-Szene.

Denn dieser ganze Prozess ging nie wirklich um Gerechtigkeit. Er ging darum, eine Erzählung um jeden Preis zu schützen. Darum, dass die 180-Grad-Wende aufrecht erhalten bleibt – egal wie viele Anträge abgelehnt werden müssen, wie viele Zeugen ihren eigenen Namen vergessen, wie viele unabhängige Gutachter ignoriert werden. Und wenn ein hartnäckiger unabhängiger Journalist es wagt, aufzuschreiben, was im Gerichtssaal tatsächlich passierte, schickt ihm das System eine Rechnung. Ich habe natürlich

nichts gezahlt. Manche Dinge sind mehr wert als 5.000 Euro.

Die Implosion ist nicht vorbei. Der Stuhl ist noch kaputt. Die Belege liegen noch da und winken leise. Und irgendwo in München schreit noch jemand ins Mikrofon und hofft, der Rest von uns schaut einfach weg. Aber das werden wir nicht, denn der Prozess ist entlarvt – als Justiz-Desaster im Komödien-Kostüm.

Die Wahrheit hat, wie immer, die Angewohnheit, länger zu überdauern als Hammer.

Danke fürs Lesen. Und jetzt: Augen auf.

Jack O'Roof

Munich, Juni 2026

ÜBER DEN AUTOR

Jack O'Roof ist voll akkreditierter investigativer Journalist mit gültigem deutschen Presseausweis und null Toleranz für offiziellen Unsinn. Seit mehr als acht Jahren betreibt er sun24.press als unabhängige Plattform – Ghostbusting, wenn man so will: unbequeme Wahrheiten ins Tageslicht zerren, besonders wenn das System lieber hätte, sie blieben im Dunkeln. Er hat Hunderte Artikel geschrieben, Live-Berichte und Zeugenaussagen direkt aus dem Münchner Stadelheim-Gerichtssaal veröffentlicht und eine zehnteilige deutschsprachige Podcast-Serie über den Wirecard-Prozess produziert – Pflichtprogramm für alle, die jene Story wollten, die die Mainstream-Medien nicht mehr erzählten.

Er war am 13. April 2021 dabei, als der Bundestags-Untersuchungsausschuss plötzlich Interesse an seinem Sitzplatz entwickelte – und er war 2024/2025 noch da, als dieselbe Justiz ihm 5.000 Euro in Rechnung stellte, weil er berichtet hatte, was im offenen Gericht passiert war.

Jack macht kein Verteidigungstheater. Keine bequeme Amnesie. Er taucht auf, macht Notizen und schreibt auf, was tatsächlich passiert ist – egal, wie viele Hammer versuchen, ihn zu übertönen. Dieses Buch ist das Ergebnis.

Und ja – die Quittung für den 5.000-Euro-Brief hat er noch.

Der Wirecard-Prozess ging nie wirklich um 1,9 Milliarden Euro, die in Asien verschwunden sind. Es ging darum, wie schnell ein 20-Milliarden-DAX-Liebling von „möglichem Opfer ausgeklügelten Betrugs“ zu „Deutschlands größtem kriminellen Unternehmen der Nachkriegszeit“ umgedreht werden konnte – und wie hart die bayerische Justiz arbeitete, damit diese Story nie wieder die Richtung wechselte.

In fünf kurzen Jahren sahen wir eine perfekte 180-Grad-Wende – ausgeführt mit der Präzision einer Schweizer Uhr und der Anmut eines betrunkenen bayerischen Skifahrers. Eine fünfstündige Wagner-Anklage. Eine Terabyte-Datenbombe. Zwei Milliarden Euro in echten Vor-Insolvenz-Flüssen. Ein Wirtschaftsgutachter, der im offenen Gericht ruhig die Belege vorlas. Und ein Gerichtssaal, der darauf antwortete mit: jeden Antrag ablehnen, kollektive Amnesie am Zeugenstand, und mir 5.000 Euro in Rechnung stellen, weil ich korrekt berichtet hatte, was öffentlich passiert war. Das ProtonMail-Phantom. Das vergessene La-dekabel. Die „mühsam und wenig ergiebig“-Urteile. Der Kronzeuge, zur perfekten Zeit entlassen. Das erpresste Geständnis als Sommer-Hit im Bayerischen Rundfunk – jede Szene absurder als die vorherige.

Und trotzdem sitzt das System noch da, lächelt für die Kameras und tut so, als wäre der Stuhl nicht kaputt. Dieses Buch ist keine Anklage. Es ist ein Spiegel. Ein Spiegel, den man einer Justiz vorhält, die jahrelang den Deckel auf jede alternative Story nagelte – während die Belege leise aus den Transaktionsdaten winkten.

Die Implosion kommt nicht. Sie ist schon passiert. Die einzige Frage, die bleibt: Ob in München jemals jemand zugibt, dass er den Knall gehört hat.

Augen auf.

